



mobim-analysen, 06/2012

Hintergrundinformationen und Recherchen der Mobilen Beratung
im Regierungsbezirk Münster. Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie

„Die Stimmung war einfach nicht da“

Abschneiden extrem rechter Parteien bei der Landtagswahl am 13. Mai 2012 im Regierungsbezirk Münster

I. Allgemeine Beobachtungen

Die Bilanz der Landtagswahl vom 13. Mai 2012 fällt für die Rechtsaußen-Parteien in Nordrhein-Westfalen enttäuschend aus. Die *Bürgerbewegung pro NRW* konnte mit 1,5 % ihr Ergebnis gegenüber der vorherigen Landtagswahl im Mai 2010 um 0,1 % verbessern, blieb aber deutlich hinter den eigenen, vollmundig verkündeten Ansprüchen zurück. Noch desaströser verliefen die Wahlen für die NPD, die auf einen Stimmenanteil von lediglich 0,5 % (2010: 0,7 %) kam. Andere in Nordrhein-Westfalen aktive Rechtsaußen-Parteien wie *Die Republikaner* oder *Die Freiheit* waren gar nicht erst zur Landtagswahl angetreten, da sie die notwendigen Unterstützungsunterschriften nicht zusammenbekommen hatten.

Für *Die Republikaner*, die seit 1990 zu jeder Landtagswahl im bevölkerungsreichsten Bundesland angetreten waren, stellte das Scheitern an den formalen Voraussetzungen einen vorläufigen Tiefpunkt eines sich bereits seit Jahren vollziehenden Niedergangs dar, zahlreiche AnhängerInnen und FunktionärInnen sind in den letzten Jahren zu *pro NRW* übergelaufen. Der nordrhein-westfälische Ableger der islamfeindlichen Partei *Die Freiheit* hat sich seit seiner Gründung im Oktober 2011 weder personell noch organisatorisch konsolidieren können.

Insgesamt ist somit zu konstatieren, dass sich die Handlungs- und Kampagnenfähigkeit der parteiförmigen extremen Rechten zwischen Rhein und Weser im Vorfeld der Landtagswahl 2012 als äußerst begrenzt erwiesen hat. Dieser Befund ist angesichts des vergleichsweise schwachen Organisationsgrads, der dünnen Personaldecke und nicht zuletzt der prekären finanziellen Situation der Rechtsaußen-Parteien in NRW kaum verwunderlich und auch nicht neu. Die Tatsache, dass *pro NRW* und NPD bei der Landtagswahl zusammengerechnet nur 2 % erzielen konnten, sollte jedoch

nicht dazu führen, deren Propaganda in ihren Auswirkungen für die politische Kultur in NRW zu unterschätzen. Beide Parteien versuchten im Wahlkampf mit rassistischen und vor allem islamfeindlichen Slogans öffentliche Resonanz zu erzielen und damit an gesellschaftlich weit verbreitete Ressentiments, Ängste und ausgrenzende Haltungen anzuknüpfen.

Gleichwohl konnten *pro NRW* und NPD kaum damit rechnen, landesweit auch nur annähernd in die Nähe der Fünf-Prozent-Hürde zu gelangen. Dementsprechend ging es vor allem darum, jeweils zumindest ein Prozent der Stimmen zu erzielen, um somit in den Genuss der Wahlkampfkostenerstattung zu kommen – ein Ziel, das von der NPD deutlich verfehlt wurde. Die Wahlkampfstrategie von *pro NRW* war erklärtermaßen auf „maximale Provokation“ ausgerichtet.¹ Auch die NPD bediente sich erwartungsgemäß aggressiver Polemik, um ihr Selbstverständnis als völkische Antisystempartei nach außen zu tragen. Auf diese Weise sollte nicht nur die eigene Kernanhängerschaft mobilisiert, sondern auch eine unverhohlene Drohkulisse gegenüber der migrantischen, besonders der muslimischen Bevölkerung aufgebaut werden.

Provokation als Wahlkampfstrategie

Der Wahlkampf von *pro NRW* wurde nahezu ausschließlich mit islamfeindlichen und kulturrassistischen Parolen geführt. Obgleich sich die Partei in ihrem Wahlprogramm in der für sie typischen rechtspopulistischen Rhetorik als „Interessenvertreter von uns Bürgern“ und als „Bürgerbewegung von unten“ in Abgrenzung zu den „Altparteien“² gerierte, spielten konkrete landespolitische Themen wie auch schon im Landtagswahlkampf 2010 keine Rolle.

Den zentralen und im Grunde einzigen Bestandteil der

¹ Pro NRW online, abgerufen am 19.05.2012.

² Vgl. Kurzwahlprogramm der Bürgerbewegung Pro NRW zur Landtagswahl 2012, S. 1

Wahlkampfstrategie von *pro NRW* bildete eine so genannte ‚Freiheit statt Islam‘-Tour. Zwischen dem 28. April und dem 8. Mai 2012 führte die Partei in 25 Städten Kundgebungen in unmittelbarer Nähe von Moscheen und islamischen Kulturzentren durch, um, wie es auf der Internetseite der selbsternannten „Bürgerbewegung“ hieß: „vor protzigen Großmoscheen und umstrittenen Islamistenzentren Flagge zu zeigen“.³

Die Zahl der KundgebungsteilnehmerInnen blieb in der Regel auf den engeren, sehr überschaubaren AktivistInnenkreis von *pro NRW* beschränkt, der meist in Kleinbussen und PKWs zu den Veranstaltungen anreiste. Wie bereits frühere Veranstaltungen der „Bürgerbewegung“ offenbarte auch die „Freiheit statt Islam“-Tour deren organisatorische und personelle Schwäche. So nahmen lediglich an der Auftaktkundgebung am 28. April in Essen-Kray rund 60 Personen teil.⁴ Zum Abschluss der Tour am 8. Mai in Köln mobilisierte die Partei noch einmal 30 AnhängerInnen in die Nähe der DITIB-Zentralmoschee.⁵ An den meisten anderen Kundgebungsorten war die Zahl der TeilnehmerInnen deutlich niedriger.

Friedlicher Protest wird durch Diskussion über Ausschreitungen überlagert

Die Kundgebungen wurden an zahlreichen Orten von lautstarken, aber ganz überwiegend friedlichen Protesten von teilweise mehreren hundert BürgerInnen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Spektren begleitet. In Folge der gewalttätig verlaufenden Konfrontationen zwischen Salafisten und der Polizei anlässlich der *pro NRW*-Kundgebungen in Solingen am 1. Mai und wenige Tage später in Bonn rückten jedoch die Diskussionen um die Strukturen und Aktions- und Erscheinungsformen gewaltorientierter islamistischer Strömungen in der Bundesrepublik in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Obgleich *pro NRW* frohlockte, „mit unserem dezidiert islamkritischen Wahlkampf dafür gesorgt (zu haben), dass endlich bundesweit über die Gefahr durch radikale Islamisten of-

fen geredet wird“⁶, konnte die Partei von dieser Diskursverschiebung augenscheinlich kaum profitieren. Zwar forderten insbesondere nach den massiven Ausschreitungen in Bonn auch VertreterInnen demokratischer Parteien in bisweilen populistischem Gestus ein rigoroses Vorgehen gegen salafistische Strukturen, von Politik und Medien wurden die Auseinandersetzungen mehrheitlich jedoch als „Krieg der Extremisten“ interpretiert, den „Pro-NRW [...] bewusst provoziert“⁷ habe.

Die Wahrnehmung der „Bürgerbewegung“ als „extremistisch“ ist freilich nicht neu, dürfte aber mit dazu beigetragen haben, deren Wahlchancen zu reduzieren. Die angesichts der politischen Biografien etlicher *pro NRW*-Funktionäre ohnehin schon wenig überzeugende Abgrenzung vom „rechten Narrensaum“ (so der Vorsitzende **Markus Beisicht**) verlor Ende April 2012 weiter an Glaubwürdigkeit. So durchsuchte die Polizei im Zuge umfangreicher Razzien gegen die neonazistische Kameradschaft *Freundeskreis Rade*, der die Staatsanwaltschaft die „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ vorwirft, auch das Büro der *pro NRW*-Fraktion im Stadtrat von Radevormwald. Bei mindestens zwei der festgenommenen mutmaßlichen Kameradschaftsaktivisten wurden zudem Mitgliedsausweise der Partei gefunden.⁸

Finanz- und Personalprobleme

Einen weiteren Faktor, der die Handlungs- und Kampagnenfähigkeit der „Bürgerbewegung“ im Kontext der Landtagswahl erheblich einschränkte, stellten die notorisch klammen Parteifinzen dar. Nach Angaben des Internetportals *NRW rechtsaußen*, in dem FachjournalistInnen die extreme Rechte im Land beobachten, hat *pro NRW* allein im Jahr 2010 ein Defizit von knapp 150.000 Euro erwirtschaftet, gegenüber verschiedenen Darlehensgebern bestanden Verbindlichkeiten in Höhe von rund 240.000 Euro.⁹

Ein zentrales Problem stellt zudem der stagnierende Parteaufbau dar. Nach wie vor beschränken sich die

³ Pro NRW online, abgerufen am 19.05.2012.

⁴ Vgl. NRW rechtsaußen: Rechtspopulisten in historischer Mission unterwegs, <http://nrwrex.wordpress.com/2012/04/29/e-rechtspopulisten-in-historischer-mission-unterwegs/>, abgerufen am 17.05.2012.

⁵ NRW rechtsaußen: Ende der Wahlkampftour von „pro NRW“ – Splitterpartei will nicht mehr Splitterpartei sein, <http://nrwrex.wordpress.com/2012/05/08/k-ende-der-wahlkampftour-von-pro-nrw/>, abgerufen am 17.05.2012.

⁶ Pro NRW online, abgerufen am 17.05.2012.

⁷ Vgl. Christoph Sydow: Krieg der Extremisten. Pro NRW vs. Salafisten, Spiegel online, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/pro-nrw-und-salafisten-liefern-sich-privatkrieg-vor-der-landtagswahl-a-831824.html>, abgerufen am 17.05.2012.

⁸ Vgl. MBR Köln: Razzien gegen neonazistischen „Freundeskreis Rade“, <http://www.mbr-koeln.de/2012/04/25/razzien-gegen-neonazistischen-freundeskreis-rade/>, abgerufen am 18.05.2012.

organisatorischen Schwerpunkte der „Bürgerbewegung“, die nach eigenen Angaben über etwa 900 Mitglieder verfügt (Stand: 2010)¹⁰ auf das Rheinland und Gelsenkirchen als Enklave im nördlichen Ruhrgebiet. Eine flächendeckende Präsenz im Wahlkampf erschien unter diesen Voraussetzungen kaum möglich. Die strukturellen und personellen Engpässe zeigten sich nicht zuletzt in dem Umstand, dass die Partei, anders noch als im Jahr 2010, in keinem Wahlkreis DirektkandidatInnen aufstellte.

Die von **Markus Beisicht** ausgegebene Parole „Wutbürger wählen diesmal PRO NRW“¹¹ versandete weitgehend ungehört. Von den erheblichen Verlusten der CDU (-8,3 %) konnte *pro NRW*, anders als erhofft, nicht profitieren. Die Tatsache, dass die Partei ihr Wahlergebnis im Vergleich zu 2010 minimal um 0,1 % auf 1,5 % (insgesamt 118.270 Stimmen) verbessern konnte, resultierte vielmehr aus der Schwäche von NPD und den bei der Landtagswahl nicht vertretenen *Republikanern*, deren AnhängerInnen, sofern sie sich überhaupt an der Wahl beteiligten, zumindest teilweise für die „Bürgerbewegung“ votierten. In nahezu allen Wahlkreisen, in denen *pro NRW* bescheidene Zugewinne verzeichnen konnte, gingen diese mit Verlusten für die NPD einher.

Doch auch die Rechtspopulisten mussten, zumal in ihren bisherigen „Hochburgen“ empfindliche Einbußen hinnehmen. Im Wahlkreis Duisburg VI, hatte *pro NRW* mit 4,6 % im Jahr 2010 ihr landesweit bestes Ergebnis erzielt, stürzte nun aber auf (immerhin noch) 3,2 % ab. In Leverkusen, wo **Markus Beisicht** im Rat der Stadt vertreten ist, verlor die Partei 0,8 % gegenüber der Landtagswahl 2010 und kam nur noch auf 3,0 %. Ähnliche Verluste sind in Köln zu konstatieren. Indessen konnte die „Bürgerbewegung“ in Gelsenkirchen mit 4,1 % ihre überdurchschnittlichen Ergebnisse aus dem Jahr 2010 nahezu identisch wiederholen. Ihr landesweit bestes Ergebnis erreichte *pro NRW* in Remscheid. In der bergischen Stadt, in der die Partei wochenlang gegen ein Moscheebauvorhaben polemisiert hatte, holten die Rechtspopulisten 4,3 % (2010: 3,6 %).

⁹ NRW rechtsaußen: „PRO NRW“ 2010 tief in den roten Zahlen – Rechenschaftsbericht veröffentlicht, <http://nrwrex.wordpress.com/2012/03/27/nrw-%E2%80%9Epro-nrw-2010-tief-in-den-roten-zahlen-rechenschaftsbericht-veroeffentlicht/>, abgerufen am 17.05.2012.

¹⁰ Ebenda

¹¹ Pro NRW online, abgerufen am 17.05.2012.

NPD mit „Billigwahlkampf“ im Schatten von pro NRW

Attestierten BeobachterInnen *pro NRW* einen „Billigwahlkampf“¹², galt diese Feststellung erst recht für die NPD, die ebenfalls darauf verzichtete, eigene Direktkandidaten aufzustellen. Noch im Jahr 2010 war es der Partei gelungen, eine halbwegs wahrnehmbare Wahlkampagne zu organisieren, mit der durch „jugendgerechte“ Werbemaßnahmen vor allem Jung- und ErstwählerInnen angesprochen werden sollten. Das Wahlergebnis fiel mit 0,7 % jedoch ernüchternd aus, zumal die NPD damit auch nicht in den Genuss der so dringend benötigten Wahlkampfkostenerstattung kam. Neben den finanziellen Schwierigkeiten prägten seither wiederholt innerparteiliche Auseinandersetzungen die Politik des Landesverbandes. Die erneut aufflammenden Diskussionen um ein mögliches NPD-Verbot in Folge des Bekanntwerdens der Migrantenmorde durch den NSU brachten die Partei weiter in die Defensive. Diese Faktoren trugen wesentlich dazu bei, dass die NPD im Jahr 2012 im Wahlkampf nicht annähernd die Präsenz erzielen konnte, die sie noch zwei Jahre zuvor erreicht hatte.

Inhaltlich versuchte sich die Partei zum einen mit massiver EU-Kritik und Parolen wie „Unser Land – Unser Geld!“ zu profilieren. Zum anderen griff sie auf ihr traditionelles Repertoire völkisch-rassistischer Floskeln zurück, indem sie wie gewohnt gegen „Masseneinwanderung“, „Überfremdung“ und „Multikulti-Utopie“ hetzte.¹³ Eine besonders perfide Wahlkampfaktion stellte die Einrichtung einer „Online Meldestelle gegen illegale und kriminelle Ausländer“ auf den Internetseiten der nordrhein-westfälischen NPD dar, die allerdings kaum Beachtung fand.

Nach den heftigen Zusammenstößen zwischen Salafisten und der Polizei vor der König-Fahad-Akademie in Bonn am 5. Mai 2012 verstärkte die Partei ihre islamfeindliche Agitation und versuchte von der medialen und politischen Aufmerksamkeit für die Vorfälle am Rande der *pro NRW*-Kundgebung zu profitieren. Doch die wenige Tage vor der Wahl angekündigten „großflächigen Flugblattverteilungen im Umfeld der Steinzeitislamisten“¹⁴ blieben, sofern sie denn überhaupt stattfanden, ebenso ohne größere Resonanz, wie insgesamt neun Kleinstkundgebungen bei denen u.a. der NPD-

¹² Stefan Laurin: Pro NRW – Mit Hetzwahlkampf gegen die Pleite?, <http://www.ruhrbarone.de/pro-nrw-mit-hetzwahlkampf-gegen-die-pleite/>, abgerufen am 18.05.2012.

¹³ NPD-NRW Flugblatt „Heimreise statt Einreise!“

Bundesvorsitzende **Holger Apfel** sprach. Auf weitergehende Unterstützung durch die Bundespartei oder aus anderen Landesverbänden konnten die nordrhein-westfälischen „Nationaldemokraten“ nicht zählen. Auch AktivistInnen, aus dem Spektrum der „Freien Kameradschaften“ bzw. der „Autonomen Nationalisten“, die sich noch 2010 für den NPD-Wahlkampf engagiert hatten, hielten sich diesmal erkennbar zurück.

Dementsprechend bescheiden waren die vom NPD-Landesvorsitzenden **Claus Cremer** formulierten Wahlziele. So käme es vor allem darauf an, „dass die NPD bei jeder Wahl auf dem Stimmzettel steht und so gegenüber der Bevölkerung eine Kontinuität ihrer Arbeit aufzeigt.“ Jede Stimme für die NPD sei „ein Erfolg und ein Schlag ins Gesicht der etablierten Politikversager.“¹⁵ Mit dem tatsächlichen Wahlergebnis konnte die Partei jedoch selbst bei dieser niedrigen Erwartungshaltung nicht zufrieden sein, in einer ersten Stellungnahme hieß es lapidar: „Die Stimmung war nicht da.“¹⁶

Mit 0,5 % (39.993 Stimmen) setzte sich der Niedergang der NPD im bevölkerungsreichsten Bundesland fort. Vor zwei Jahren hatten immerhin noch 55.400 WählerInnen für die Partei votiert, bei der Landtagswahl im Jahr 2005 waren es sogar 73.969 gewesen. Lediglich in einem der insgesamt 128 Wahlkreise (Essen I – Mülheim II) erreichten die „Nationaldemokraten“ 1 %. Angesichts dieses Debakels dürfte demnächst in der nordrhein-westfälischen NPD eine Führungsdiskussion entbrennen. In der Verarbeitung des Wahlergebnisses schwankt die Partei bislang zwischen Durchhalteparolen („Wir kämpfen weiter!“) und WählerInnenschelte, etwa wenn sich der NPD-Kreisverband Dortmund trotzig bei „den wenigen Wählern bedankt, die anscheinend überhaupt noch deutsch sein wollen.“¹⁷

II. Die NPD im Regierungsbezirk Münster

a) Ausgangslage

Die NPD verfügt im Regierungsbezirk lediglich über zwei aktive Kreisverbände (in Münster und im Kreis Steinfurt), die seit der Landtagswahl 2010 jedoch nur sporadisch öffentlich in Erscheinung getreten sind. Ein

¹⁴ Zitiert nach: NRW rechtsaußen: NPD will auf dem Thema Salafisten mitsegeln, <http://nrwrex.wordpress.com/2012/05/08/nrw-npd-will-auf-dem-thema-salafisten-mitsegeln/>, abgerufen am 17.05.2012.

¹⁵ NPD NRW online, abgerufen am 17.05.2012.

¹⁶ NPD NRW online, abgerufen am 17.05.2012.

¹⁷ NPD-Kreisverband Dortmund online, abgerufen am 17.05.2012.

zentrales Problem der „Nationaldemokraten“ im Münsterland besteht in deren dünner Personaldecke. Als maßgebliche Protagonisten der NPD in der Region firmieren die Zwillingbrüder Markus und Matthias Pohl. Beide nehmen zugleich Aufgaben im Landesvorstand der NPD wahr. So amtiert **Markus Pohl** als Pressesprecher der Partei. **Matthias Pohl** fungiert als „Leiter der Referate Schulung und Politik“.

Die wahrnehmbare Präsenz der NPD ist im Münsterland in den vergangenen Jahren kontinuierlich zurückgegangen. Vor allem in den Jahren 2005-2008 hatte die Partei besonders im Kreis Steinfurt unter Führung der Pohl-Brüder jedoch rege Aktivitäten entfaltet. Als mittelfristiges strategisches Ziel galt der Einzug der NPD in den Steinfurter Kreistag bei den Kommunalwahlen 2009. Mit zahlreichen Flugblattaktionen, Infoständen und so genannten ‚Mahnwachen‘ an verschiedenen Orten im Kreisgebiet versuchte die Partei AnhängerInnen und SympathisantInnen zu werben.

Nennenswerte Erfolge konnte sie dabei augenscheinlich jedoch nicht verzeichnen. Neben den Bemühungen, sich in den Fußgängerzonen gewissermaßen als „seriöse“ Rechtsaußen-Partei zu präsentieren, machte die NPD aber auch mit Störaktionen bei anderen politischen Veranstaltungen auf sich aufmerksam. Die Aktivitäten der NPD gingen jedoch seit Herbst 2008 deutlich zurück. Auch zur Kommunalwahl trat die Partei überraschender Weise nicht an. Über die Gründe lässt sich nur spekulieren. So ist zu vermuten, dass die Affäre um **Erwin Kemna**, den in Ladbergen ansässigen langjährigen Schatzmeister der Bundes-NPD, der mehrere hunderttausend Euro an Parteigeldern veruntreut hatte, unter den Mitgliedern des Kreisverbandes für erhebliche Verunsicherung und Frustrationen sorgte.¹⁸ Zudem hatte sich zu diesem Zeitpunkt eine Reihe zivilgesellschaftlicher Initiativen mit der Absicht formiert, die Handlungsräume der NPD in der Region einzunengen.

Erst anlässlich der Landtagswahl 2010 entfalteten die „Nationaldemokraten“ erneute Aktivitäten, die sich jedoch weiterhin ausschließlich auf Münster und den Kreis Steinfurt beschränkten, wo die Partei nach eigenen Angaben kleinere Infostände und Lautsprecherwagenfahrten durchführte. Vereinzelt sollen auch „Schulhof-CDs“, Propaganda-USB-Sticks und weitere Werbematerialien verteilt worden sein.¹⁹

¹⁸ Vgl. mobim-Analysen 4-2010

¹⁹ Ebenda

Nach der Landtagswahl, bei der die NPD in den Wahlkreisen des Regierungsbezirks durchgängig unter 1 % blieb, verschwand die Partei wieder in der Versenkung. Im Oktober 2011 beteiligte sich der Kreisverband Steinfurt an dem bundesweiten NPD-Aktionstag „Raus aus dem Euro!“. In Greven verteilten NPD-Mitglieder entsprechende Flugblätter, allerdings ohne größere Resonanz.

Die Wahrnehmbarkeit der NPD trat gegenüber den Aktivitäten der neonazistischen „Freien Kräfte“, die in der Region als kleine, aber gut vernetzte Gruppen in Erscheinung treten, zurück. Zu den *Nationalen Sozialisten Münster*, die nach eigenen Angaben noch im Jahr 2010 durch das Verteilen von NPD-Flugblättern, den Wahlkampf der „Nationaldemokraten“ unterstützt hatten, hielt die Partei zumindest nach außen hin Distanz. Sie beteiligte sich auch nicht an der Demonstration am 3. März 2012 in Münster, an der über 300 Neonazis, fast ausschließlich aus dem Spektrum der „Freien Kameradschaften“ bzw. der „Autonomen Nationalisten“ teilnahmen. Für den folgenden Tag kündigte der Kreisverband Steinfurt indessen einen „Schulungsnachmittag“ im Raum Greven an, über dessen tatsächlichen Verlauf allerdings nichts bekannt geworden ist.

b) Der Landtagswahlkampf

Im gesamten Regierungsbezirk waren Wahlkampfaktivitäten der NPD kaum feststellbar. Im Kreis Warendorf wurden vereinzelt an verschiedenen Orten Aufkleber der Partei angebracht. Sporadisch tauchten im Kreis Steinfurt und im nördlichen Ruhrgebiet auch Wahlplakate der NPD auf. In Greven überklebten Unbekannte Wahlplakate der „Piraten“ mit NPD-Plakaten, die jedoch nach kurzer Zeit wieder abgerissen wurden.²⁰ Kundgebungen und Lautsprecherwagenfahrten wie noch im Jahr 2010 waren nicht festzustellen.

Erst gegen Ende des Wahlkampfes am 3. Mai 2012 trat der Kreisverband Steinfurt mit einer Flugblattaktion auf dem Wochenmarkt in Greven-Reckenfeld in Erscheinung, die nach Angaben der Partei den Auftakt zu einer Kampagne unter dem Motto: „Islamisierung stoppen – Kein Moscheebau in Greven“ bilden sollte. Nicht ohne Stolz teilte die Steinfurter NPD auf ihren Internetseiten mit, dass das verteilte Flugblatt, „extra für die

Kampagne angefertigt“ worden sei.²¹ Freilich enthält das Pamphlet die üblichen rassistischen Floskeln aus dem Baukasten „nationaldemokratischer“ Rhetorik, die mit nur sehr oberflächlicher lokalspezifischer Bezugnahme die „etablierten Versagerparteien“ bezichtigen „unser Land in einen ‚Vielvölkerstaat‘“ verwandeln zu wollen.

c) Die Wahlergebnisse der NPD im Regierungsbezirk Münster

Ihr „bestes“ Wahlergebnis konnte die NPD mit 0,8 % (318 Stimmen) im Wahlkreis Gelsenkirchen II erzielen. Der Stimmanteil blieb hier im Vergleich zu 2010 (356 Stimmen) nahezu unverändert. Rechnerisch kämen hier pro NRW (4,1 %) und NPD gemeinsam auf immerhin 4,9 %. Auch in den Wahlkreisen Recklinghausen I, II und V sowie in Gelsenkirchen I lag die NPD mit 0,6 % bzw. 0,7 % zwar knapp über dem Landesdurchschnitt, was angesichts der gerade noch messbaren Ergebnisse jedoch kaum erwähnenswert ist.

In Bottrop sowie in den Münsterlandkreisen Borken, Coesfeld, Steinfurt und Warendorf erzielte die Partei lediglich Werte von 0,5 % bzw. 0,4 %. Die sporadischen Aktivitäten des Kreisverbands Steinfurt hatten dort offenkundig keinerlei aus Sicht der NPD positive Auswirkungen auf das Wahlergebnis. In den Wahlkreisen Steinfurt I und III votierten 0,4 % (295 Stimmen bzw. 288 Stimmen) für die „Nationaldemokraten“, im Wahlkreis Steinfurt II waren es 0,5 % (319 Stimmen). In Münster fuhr die Partei mit 0,2 % eines ihrer landesweit schlechtesten Ergebnisse bei dieser ohnehin schon für sie desaströsen Landtagswahl ein. In Greven (Wahlkreis Steinfurt I), dem einzigen Ort im Regierungsbezirk, an dem die NPD mit ihrer Flugblattaktion im Vorfeld der Landtagswahl Präsenz gezeigt hatte, blieb der erhoffte Achtungserfolg mit 0,61 % aus. Im Stadtteil Reckenfeld kam die NPD in einem Wahlbezirk immerhin auf 2,0 %, was allerdings auch nur 15 WählerInnenstimmen entsprach.

Angesichts dieser katastrophalen Ergebnisse mag es für die „Nationaldemokraten“ wenig tröstlich erscheinen, dass sie sich zumindest im Wahlkreis Steinfurt II gegenüber *pro NRW* (die mit 0,4 % noch schlechter abschnitten) als führende Kraft unter den Rechtsaußenparteien behaupten konnten. In den übrigen 127 Wahlkreisen Nordrhein-Westfalens rangierte die „Bürgerbe-

²⁰ Vgl. Münstersche Zeitung: „Greven wehrt sich“, <http://www.muensterschezeitung.de/lokales/greven/NPD-Plakate-werden-nach-kurzer-Zeit-abgerissen:art967.1636028>, abgerufen am 17.05.2012

²¹ NPD-Kreisverband Steinfurt online, abgerufen am 17.05.2012

wegung“ durchgängig vor der NPD.

III. Pro NRW im Regierungsbezirk Münster

a) Ausgangslage

Die extrem rechte *Bürgerbewegung pro NRW* konnte in den letzten zwei Jahren wenig (politische) Aktivitäten entfalten, die außerhalb des eigenen Lagers wahrgenommen wurden. Nach wie vor verfügt die Partei nur in Gelsenkirchen über handlungsfähige Strukturen, hat aber weitere Kreis- und Bezirksverbände gegründet.

Der auf der Internetseite der Partei genannte „Bezirksverband Münsterland“ mit seinen Ansprechpartner **Werner Peters** und **Gereon Breuer** ist bisher kaum in Erscheinung getreten – was nicht zuletzt an fehlendem Personal im Münsterland liegt: Das ehemalige CDU-Mitglied Breuer wechselte 2008 zu *pro NRW*, firmierte als Beiratsvorsitzender der „kommunalpolitischen Vereinigung“ der Partei und war zuletzt als Mitarbeiter in der *pro Köln*-Fraktion tätig. Peters ist gleichzeitig Vorsitzender des Kreisverbandes Recklinghausen und Stellvertreter im Bezirksvorstand Ruhrgebiet, zu dem Bottrop, Gelsenkirchen und der Kreis Recklinghausen gehören.

Im nördlichen Ruhrgebiet hat *pro NRW* immer wieder Schwierigkeiten, sich gegen die lokale Konkurrenz der *Unabhängigen Bürgerpartei* (UPB) und der *Wählerinitiative Wir in Recklinghausen* (W.I.R.) zu behaupten, die im Gegensatz zu *pro NRW* mit ähnlichen Themen in den Stadträten von Castrop-Rauxel, Marl (nur UPB), Herten, Dorsten, Recklinghausen sowie im Kreistag (jeweils W.I.R. & UPB) vertreten sind. Gleichwohl können die AnhängerInnen dieser Parteien/Gruppen für die Landtagswahl als WählerInnenpotential für *pro NRW* gelten.

Die Instrumentalisierung erster Diskussionen über einen Moscheeneubau seit August 2008 hat zu vermehrten Aktivitäten der Partei in Bottrop geführt. Der bisher nicht wahrnehmbare Kreisverband unter Leitung des ehemaligen Landtagskandidaten der *Republikaner* **Josef Scholand** zeichnete nun allerdings auch nicht verantwortlich für die Verteilung von Flugblättern und „Petitionslisten“, die zur Unterschrift gegen den Bau einer angeblichen Großmoschee in der Stadt aufriefen. Als Ansprechpartner ist hier jeweils der Vorsitzende der *pro NRW*-Fraktion in Gelsenkirchen und Bezirksvorstand Ruhrgebiet, **Kevin-Gareth Hauer**, genannt, der auch die Kommentierung der Aktionen auf den Par-

teinternetseiten übernahm.²² In Gelsenkirchen musste sich Anfang 2012 die dreiköpfige Fraktion unter anderem des Verdachts erwehren, die finanzielle Entschädigung sachkundiger BürgerInnen für die Teilnahme an Fraktionssitzungen zu missbrauchen – der Rat der Stadt hat mittlerweile eine Deckelung dieser Kosten beschlossen.

Nach wie vor finden landesweite Veranstaltungen von *pro NRW* immer wieder im Gelsenkirchener Schloss Horst statt, zuletzt der Parteitag zur Vorbereitung der Landtagswahl am 20. März, bei dem auch vier KandidInnen aus Gelsenkirchen und Recklinghausen auf die Landesliste gewählt wurden. Zudem führte die selbsternannte „Bürgerbewegung“ dort im April 2011 eine „deutsch-israelische Konferenz“ durch, mit der sie sich als „erste deutsche Rechte ohne Antisemitismus“ zu inszenieren versuchte und gemeinsam mit Vertretern israelischer Rechtsaußenparteien „den Islam“ als gemeinsames Feindbild ausrief²³.

Zusammenfassend lässt sich festzustellen, dass *pro NRW* im Regierungsbezirk Münster nur mit Unterstützung der Gelsenkirchener Stadtratsfraktion sowie des Landesvorstands handlungsfähig ist. Das politische Handeln erschöpft sich in der Regel in der Agitation gegen angebliche „Großmoscheen“ und der Verteilung von als „Petitionen“ deklarierten und immer gleichen Unterschriftenlisten, die lediglich mit dem jeweiligen Ortsnamen versehen werden. Zudem ist die lokale Verankerung im Münsterland bisher nicht gelungen, im nördlichen Ruhrgebiet durch die Konkurrenz durch andere Parteien/WählerInnengruppen für die Partei schwierig. Die Personaldecke ist äußerst dünn und die finanziellen Probleme der gesamten Partei wirken sich auch auf die regionalen Gliederungen aus.

b) Der Landtagswahlkampf

Schon am Tag der Auflösung des Landtages hat **Markus Beisicht**, Landesvorsitzender von *pro NRW*, deutlich gemacht, dass die Partei einen „Wahlkampf mit maximaler Provokation“ führen werde. Aufgrund des kurzen Vorlaufs und der finanziellen und personellen Probleme versuchte *pro NRW*, mit minimalem Aufwand größtmögliche Resonanz zu erreichen, um medial präsent zu sein und die eigenen Inhalte zu kommunizieren. Thematisch setzte *pro NRW* auf drei Hauptthemen, die sich auf den Wahlplakaten spiegelten: neben

²² Pro NRW Flugblatt mit Unterschriftenliste „Keine Großmoschee in Bottrop“

²³ Vgl. mobim-analysen 05-2011.

der Kritik am politischen Umgang mit der Krise, vermittelt über den Slogan „NRW wählt die D-Mark“, und der Selbstinszenierung als Alternative zum auch ihrer Sicht korrumpierten Politikbetrieb („Politiker quälen – pro NRW wählen“) setzte die Partei vor allem auf islamfeindliche Provokation. Unter dem auch auf Plakaten vertretenen Motto „Freiheit statt Islam“ steuerten AktivistInnen von *pro NRW* im Rahmen der Wahlkampf tour unter anderem auch vier Orte im Regierungsbezirk Münster an.

Dabei kam es der Partei auch landesweit weniger auf eine breite Beteiligung von Sympathisanten an ihren Auftritten oder tatsächlichen Problemen vor Ort an. Tatsächlich erfolgte die Auswahl der Kundgebungsorte offenkundig vollkommen willkürlich und verdeutlichte ebenso wie die auf Flugblättern und in Redebeiträgen durchgängig vorgenommene Gleichsetzung der Begriffe „Islam“, „Islamismus“, „Islamisierung“ und „islamistischer Terrorismus“ die eigentliche Intention von *pro NRW* – nämlich die pauschale, kulturrassistische aufgeladene Diskreditierung der muslimischen Bevölkerung. Gleichzeitig rief die Partei zu einem „islamkritischen Karikaturenwettbewerb“ auf, der die provozierende Ausrichtung des Wahlkampfes zusätzlich verstärken sollte. Bei den Kundgebungen wurden unter anderem eine umstrittene Mohammed-Karikatur des dänischen Zeichners **Kurt Westergaard** gezeigt. Die Vorstöße des nordrhein-westfälischen Innenministeriums, die Präsentation der Karikaturen im Rahmen der Kundgebungen zu unterbinden, scheiterten wiederholt vor den Verwaltungsgerichten.

Mit ihrem provokanten Auftreten wollte *pro NRW* das Dilemma ausnutzen, das durch die Wahl der Kundgebungsorte entstand. Einerseits stellt sich aus zivilgesellschaftlicher bzw. politischer Sicht die Frage, ob Proteste nicht gerade dazu führen, die Inhalte von *pro NRW* weiter publik zu machen und ihrer Inszenierung als Opfer einer „Meinungsdiktatur“ Beihilfe zu leisten. Andererseits erforderte die Provokation in direkter Nähe von islamischen Einrichtungen ganz unterschiedlicher Träger für viele engagierte BürgerInnen eine deutliche Reaktion als Symbol der Solidarität mit den Betroffenen. Im Regierungsbezirk Münster fielen die Proteste gegen die *pro NRW*-Wahlkampf tour ganz unterschiedlich aus:

In Gelsenkirchen demonstrierten am 28. April etwa 80 Personen – vornehmlich aus antifaschistischen Gruppen und linken Parteien – gegen die Kundgebung von

ca. 30 *pro NRW*-AktivistInnen vor der Merkez-Moschee (DITIB) im Stadtteil Buer. Am ersten Tag der Wahlkampf tour war die Gruppe mit einem Reisebus unterwegs, zudem nahmen im Gegensatz zu den meisten folgenden Terminen mehrere prominente VertreterInnen der Partei wie **Hauer**, **Beisicht**, der stellvertretende Vorsitzende **Jörg Uckermann** und der Generalsekretär **Markus Wiener**, teil.

In Bottrop hatte am 30. April das überparteiliche und breite Bündnis „Bottrop gegen Rechts“ gemeinsam mit dem Moscheeverein der Merkez-Moschee (DITIB) zu einer nachmittäglichen „Teestunde gegen Rechts“ eingeladen, um symbolisch die Solidarität mit den Gemeindemitgliedern zu bekunden. Statt der erwarteten 250 kamen über 1.300 BürgerInnen, die lautstark ihren Protest gegen die 13 TeilnehmerInnen von *pro NRW* äußerten. Der Aufruf des Bündnisses sowie die Aktion selbst wurde in der Lokalpresse ausführlich begleitet.

Zur Demonstration des „Hertener Bündnis für Demokratie und Vielfalt“ in direkter Nähe der neun *pro NRW*-AnhängerInnen kamen am 2. Mai in der Mittagszeit etwa 150 TeilnehmerInnen, einige nahmen zuvor an einer öffentlichen Chorprobe auf dem Gelände der Blauen Moschee (VIKZ) als Zeichen der Solidarität der Hertener BürgerInnen teil. Die Lokalzeitungen berichteten sowohl über den Aufruf wie auch über den friedlichen Verlauf der Demonstration.

In Münster, als letzter Station im Regierungsbezirk, konnte das Bündnis „Keinen Meter den Nazis“ ebenfalls etwa 150 TeilnehmerInnen am 7. Mai zur Mittagszeit mobilisieren, gegen die Kundgebung von 11 *pro NRW*-AktivistInnen in der Nähe der Baitul-Momin-Moschee im Gewerbegebiet des Stadtteils Hilstrup zu demonstrieren. Als Folge der gewaltsamen Ausschreitungen in Solingen und Bonn konnten die DemonstrantInnen allerdings nur in einiger Entfernung von Moschee und Kundgebung protestieren. Auch in Münster wurde ausführlich über die Gegendemonstration berichtet. Im Vorfeld besuchten die LandtagskandidatInnen aller Parteien die Moschee und diskutierten mit Gemeindemitgliedern und Interessierten über Bildung, Mitbestimmung und alltägliche Diskriminierung.

Neben der Wahlkampf tour war *pro NRW* vor allem durch Plakate im nördlichen Ruhrgebiet präsent. Zusätzlich zu den drei aktuellen Motiven wurden offenbar auch die aus dem letzten Landtagswahlkampf 2010 übrig gebliebenen Plakate genutzt. Zerstörte oder entfernte

te Plakate wurden in diesem Jahr häufig nicht ersetzt, was wiederum mit der finanziellen und personellen Situation der Partei zu erklären ist. Infostände, Saalveranstaltungen, Flyerverteilungen oder andere Wahlkampfveranstaltungen sind nicht bekannt geworden.

c) Die Wahlergebnisse von pro NRW im Regierungsbezirk

Im gesamten Münsterland blieb *pro NRW* weit unter dem Landesschnitt von 1,5 %, konnte aber die Ergebnisse auf niedrigem Niveau teilweise mehr als verdoppeln. Mit 0,8 % erreichte die Partei die höchste Zustimmung im Kreis Borken, mit bis zu 3 % der WählerInnenstimmen in einigen Stimmbezirken von Bocholt, insgesamt 1,1 % in der gesamten Stadt Gronau sowie Zustimmungsraten über den Landesschnitt in vielen Bezirken von Vreden und Gronau.

Im Rest des Münsterlandes kam *pro NRW* auf Werte zwischen 0,4 % und 0,7 %, Spitzenwerte in einzelnen Stimmbezirken kamen etwa in Westerkappeln (Kreis Steinfurt) mit knapp 3 %, in Teilen von Neubeckum und Warendorf mit annähernd 2 % und in Ahlen mit einem stadtweiten Ergebnis von knapp 1 % zustande. In der Stadt Coesfeld kam *pro NRW* auf bis zu 5,8 %, die Gemeinde Reken liegt mit 1,3 % fast im Landesschnitt.

Das nördliche Ruhrgebiet (Bottrop, Gelsenkirchen, Kreis Recklinghausen) kann hingegen als stabile „Hochburg“ für *pro NRW* gelten, hier liegen alle Wahlergebnisse weit über den landesweit erreichten 1,5 %. In Gelsenkirchen fuhr die Partei mit minimalen Verlusten das annähernd gleiche Ergebnis wie 2010 ein und konnte ein StammwählerInnenpotential von 4,1 % behaupten – trotz deutlicher und wiederholter Distanzierung von allen relevanten gesellschaftlichen AkteurInnen der Stadt sowie einer sehr aktiven Arbeit gegen

Rechtsextremismus auf ganz unterschiedlichen Ebenen. Dabei ist im Stadtgebiet durchaus zu differenzieren, so liegen die Ergebnisse auf die Stadtteile gerechnet zwischen 6 % (GE-Scholven) und 2 % (GE-Buer-Ost). Landesweit konnte nur in Remscheid mit 4,3 % ein höherer Wert erreicht werden, selbst in Köln und Leverkusen, wo *pro NRW* regional gut verankert ist, lag das Wahlergebnis bei höchstens 3 %.

In Bottrop konnte *pro NRW* ihr Ergebnis nahezu verdoppeln und kommt insgesamt auf 2,7 %. Dabei spielt die oben erwähnte Instrumentalisierung der Debatte um den geplanten Moscheeneubau als Mittel zur lokalen Anknüpfung und Verankerung eine wichtige Rolle. In anderen Städten NRWs machte diese Strategie bei den letzten Kommunalwahlen 2009 der Partei den Einzug in die Stadt- und Kreisräte möglich. Im Bottroper Süden erzielt *pro NRW* mit 3,3 % die höchste Zustimmungsraten. Auffällig sind die besonders hohen Ergebnisse in einigen, über die ganze Stadt verteilten Stimmbezirken mit bis zu 9,1 %.

Der Kreis Recklinghausen liegt aber in allen Wahlkreisen über dem Landesschnitt, trotzdem lassen sich Unterschiede ausmachen. Im südlichen Kreisgebiet, zu dem die Städte Gladbeck, Herten, Recklinghausen und große Teile von Marl gehören, kann *pro NRW* mit 2,3 % die Ergebnisse von 2010 stabilisieren und teilweise ausbauen. Im nördlichen Kreisgebiet im Übergang zum Münsterland (v.a. in Haltern, Datteln, Dorsten und Waltrop) liegen die Ergebnisse nur bei knapp 1,8 %, aber auch hier konnte die Partei ihre Stimmanteile ausbauen bzw. stabilisieren. Ob *pro NRW* diese Zustimmung im Kreis auch für die nächsten Kommunalwahlen nutzen kann oder ob eher die regionale Konkurrenz von UBP und W.I.R. WählerInnen bindet, wird zu beobachten sein.

IV. Tabellarische Übersicht der Wahlergebnisse von pro NRW und NPD im Regierungsbezirk Münster

Wahlkreis		LTW 2010	LTW 2012	LTW 2010	LTW 2012
		Pro NRW		NPD	
Recklinghausen I	Stadt Recklinghausen	2,0	2,3	0,8	0,6
Recklinghausen II	Herten, Marl-West	1,9	2,3	0,8	0,6
Recklinghausen III	Gladbeck, Dorsten-Süd	2,2	2,3	0,6	0,5
Recklinghausen IV	Haltern am See, Oer-Erkenschwick, Datteln- Nord, Dorsten-Nord, Marl-Ost	1,3	1,7	0,6	0,5
Recklinghausen V	Castrop-Rauxel, Waltrop, Datteln-Süd	1,4	1,8	0,9	0,7
Gelsenkirchen I	Gelsenkirchen-Nord	4,3	4,1	0,7	0,6

Wahlkreis		LTW 2010	LTW 2012	LTW 2010	LTW 2012
		Pro NRW		NPD	
Gelsenkirchen II	Gelsenkirchen-Süd	4,1	4,1	0,8	0,8
Bottrop	Stadt Bottrop	1,5	2,7	0,8	0,5
Borken I	Borken, Rhede, Bocholt, Isselburg	0,5	0,8	0,4	0,5
Borken II	Vreden, Stadtlohn, Ahaus, Gronau, Heek, Schöppingen, Legden	0,3	0,8	0,5	0,4
Coesfeld I – Borken III	Südlohn, Gescher, Velen, Heiden, Raesfeld, Reken, Coesfeld, Rosendahl, Billerbeck, Havixbeck	0,4	0,8	0,4	0,3
Coesfeld II	Dülmen, Nottuln, Lüdinghausen, Senden, Olfen, Nordkirchen, Ascheberg	0,4	0,7	0,5	0,4
Steinfurt I	Ochtrup, Wettringen, Neuenkirchen, Metelen, Steinfurt, Horstmar, Laer, Nordwalde, Altenberge, Greven	0,3	0,5	0,6	0,4
Steinfurt II	Rheine, Hörstel, Emsdetten, Saerbeck, Ladbergen	0,2	0,4	0,6	0,5
Steinfurt III	Hopsten, Recke, Mettingen, Westerkappeln, Lotte, Ibbenbüren, Tecklenburg, Lengerich, Liene	0,2	0,4	0,6	0,4
Münster I	Münster-Nord	0,4	0,5	0,4	0,2
Münster II	Münster-Süd	0,3	0,6	0,4	0,2
Warendorf I	Ostbevern, Telgte, Everswinkel, Sassenberg, Warendorf, Beelen, Ennigerloh, Oelde	0,3	0,6	0,5	0,4
Warendorf II	Drensteinfurt, Sendenhorst, Ahlen, Beckum, Wadersloh	0,4	0,7	0,7	0,5

Zu „mobim“ und der Reihe „mobim-analysen“

In den mobim-analysen sollen ausgewählte Themen, Begrifflichkeiten und Fragen des modernen Rechtsextremismus, die sich aus der Beratungsarbeit von mobim ergeben, genauer dargestellt und analysiert werden. Die Reihe soll vor allem verständliche, kompakte und durch Handlungsempfehlungen erweiterte Informationen für Funktionsträger und Akteure vor Ort zur Verfügung stellen.

Die „Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster. Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie“ (mobim) ist ein regionales Beratungsangebot in NRW mit dem Anliegen, eine breite Auseinandersetzung mit den verschiedenen Formen des Rechtsextremismus in unserer Region und darüber hinaus zu befördern. Vordringlichstes Ziel ist es, rechtsextremen Tendenzen durch eine Stärkung gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit und Beratung lokaler Akteure entgegenzutreten und langfristig und nachhaltig demokratische Strukturen und zivilgesellschaftliches Engagement zu stärken.

Neben der gezielten und passgenauen Beratung lokaler und regionaler Akteure wendet sich Mobile Beratung gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Diskriminierung und Ausgrenzungen jedweder Art und solidarisiert sich mit den (möglichen) Opfern rechtsextremer bzw. rassistischer Gewalt.

Um eine gesellschaftliche Sensibilisierung und eine Thematisierung der Zusammenhänge im Themenfeld Rechtsextremismus voranzutreiben, dokumentiert und analysiert mobim rechtsextreme Strukturen, Vorfälle und Themen (vor allem) in der Region und betreibt eine aktive Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit, um nachhaltige Änderungen und Entwicklungen im Gemeinwesen zu ermöglichen.

mobim ist dabei eingebunden in das NRW-weite Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus und wird gefördert durch das Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Träger von mobim ist der Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster.

Autoren/Redaktion: Heiko Klare, Michael Sturm

Redaktionsschluss: 19.05.2011

Kontakt

mobim

Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster.

Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie.

Im Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster

Kaiser-Wilhelm-Ring 28

48145 Münster

www.mobim.info

kontakt@mobim.info

Telefon: 0251 – 492 7109

Fax: 0251 – 492 7918



Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



demokratie
leben

Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



Ministerium für Familie, Kinder,
Jugend, Kultur und Sport
des Landes Nordrhein-Westfalen

